

BADEN

intern

MAGAZIN FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

18. Jahrgang
Nr. 7 · Juli 2013
E 42923 · 3,00 €

Warten im Container

Wie Asylbewerber in Albrück leben



4 194292 303003 07

Wirtschaftsregion Freiburg
Freiburg Area Economic Development
Gewerbefläche für FWI
am Güterbahnhof Nor

Das hier ist Deutschland.

Fotos: Albert Schmidt



Wie bringen die Landkreise ihre Flüchtlinge unter? Ein Besuch in der Containersiedlung Albrbruck lässt Zweifel an der Gastfreundschaft Südbadens aufkommen.

VON DAVID WEIGEND

„Da wohnen die Schwarzen. Die Asylananten halt“, sagt ein 15-jähriger Schüler und zeigt auf die andere Straßenseite.

te. Dort, auf dem Parkplatz der stillgelegten Albrucker Papierfabrik stehen sie, seit Ende Februar. 44 weiße Container österreichischer Herkunft, gestapelt wie Pakete, konzipiert für Bauarbeiter zum provisorischen Wohnen. Schuhkartons aus Stahl, in denen 136 Flüchtlinge leben. Langfristig.

Zum Beispiel **Abraham Baiz** (s. Foto S. 8), ein 24-jähriger Mann aus Gambia, der ungewöhnlich gut Deutsch spricht. Dennoch ist es schwer, ihn zu

verstehen, da es auf dem Container-Areal sehr laut ist. Wenige Meter daneben befindet sich eine Großbaustelle. Von sieben Uhr früh an rauben Bagger, Kran und Presslufthammer den Menschen den Schlaf. Man baut hier „31 top ausgestattete Eigentumswohnungen“, die *Dachgärten Albrbruck*, „Ihre zukünftige Wohlfühl-Oase“.

Abraham kann mit dem Werbeslogan wenig anfangen, da er nicht weiß, ob er überhaupt in Deutschland blei-

Viel Erfolg.



ben darf. Momentan würde es ihm schon reichen, einen ruhigen Platz für ein Gespräch zu finden. Soulain, der mit Abraham das Stockbett teilt, schläft noch. Einen Gemeinschaftsraum sucht man vergebens und zwischen den Containern gibt es keine Sitzgelegenheiten. Also rauf zur Bahnbrücke, in Hörweite der durchrauschenden Züge.

Hier kam Abraham am 3. Juni an. Über die Ereignisse in den Monaten davor könnte man, wie bei den meisten

afrikanischen Flüchtlingen, einen Abenteuerroman schreiben.

In Gambia, Abrahams Heimatland, herrscht ein Staatspräsident namens **Yahya Jammeh**, der in erster Linie wegen Verletzungen der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit bekannt wurde. Der Großteil der Bevölkerung lebt in bitterer Armut. Kritiker werden mundtot gemacht oder verschleppt. Homosexuelle gelten als Verbrecher. Einmal drohte der Präsident, alle Les-

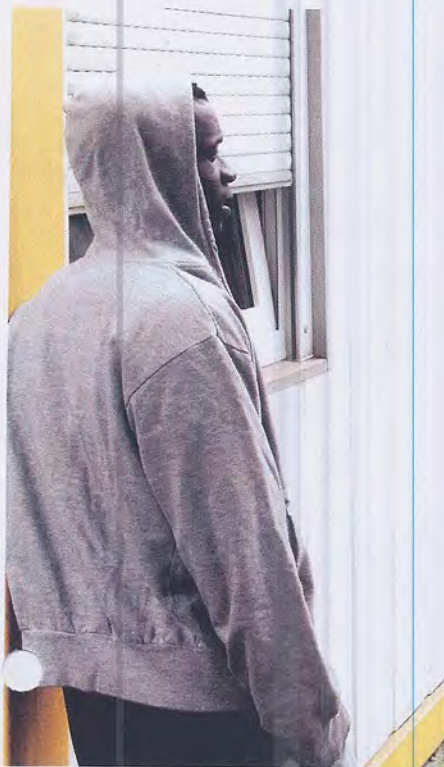
ben und Schwulen, die er im Land entdeckte, zu köpfen.

Man kann also nachvollziehen, warum ein Mensch den Entschluss fasst, Gambia den Rücken zu kehren. Abraham verabschiedet sich im Dezember 2012 von seinen Eltern und den drei Geschwistern. In der Hafenstadt Banjul heuert er als inoffizieller Handlanger an und geht mit einer Reisetasche und einem Koffer an Bord eines polnischen Handelschiffs. Sein Gepäck wird er später verlieren. Abraham, ein athletischer Jüngling, schuftet und träumt von Deutschland. Er verpackt Lebensmittel. Gepökelttes Rindfleisch, Milchpulver, Tee. Mal geht das Schiff in Marokko vor Anker, mal in Algerien. „Wo wir genau waren, haben mir die Matrosen nie gesagt. Ich sollte meine Arbeit machen und still sein.“

Ende April fährt der Frachter in Bremerhaven ein. Der Kapitän sagt zu Abraham: „Du hast deinen Job erledigt. Wenn du willst, kannst du jetzt gehen. Das hier ist Deutschland. Viel Erfolg.“

Nach dem Raster des *Königsteiner Schlüssels* landet Abraham in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. Er beantragt Asyl und wird in den Landkreis Waldshut geschickt, genauer: in die Gemeinschaftsunterkunft Albbbruck, Container 2, Abteil D 11-220. Da wohnt er nun, auf 4,5 Quadratmetern, und wartet auf die Ladung zu seiner Anhörung in Karlsruhe. Es kann sein, dass sie erst in einem Jahr kommen wird. Bei dieser Anhörung wird er sein Schicksal schildern. Daraufhin entscheidet ein Mitarbeiter des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*, ob Abraham Asyl gewährt wird. Das dauert wieder. Drei Monate, vielleicht auch zwei Jahre. 2012 hat das Amt knapp die Hälfte aller Asylanträge abgelehnt.

„Ich fühle mich hier wie im Knast“, sagt Abraham. Schlafen kann er nur schlecht, Appetit hat er meist keinen. Vielen Mitbewohnern gehe er aus dem Weg, besonders den Arabern, sagt er, sonst gebe es Stress. In der Enge des Parkplatzes ist das Wahren von Distanz eine Kunst. Die Wege zwischen Wohnabteilen, Kochcontainer und Campingduschen kreuzen sich. Das Schlim-



Abraham aus Gambia (li.) geht den anderen im Containerdorf lieber aus dem Weg. Ein iranischer Mitbewohner (re.) kommuniziert derweil via Skype mit seiner Schwester in Isfahan

me aber sei die Langeweile, die Unge-
wissheit, die Monotonie des kasernier-
ten Lebens. Am Tag seiner Ankunft be-
kam Abraham 241 Euro ausgezahlt, das
müsse erstmal reichen, für den Rest des
Monats.

In Badesandalen und grauem Kapu-
zenpulli sieht sich Abraham seine
neue, provisorische Heimat an. Er be-
trachtet die Albrucker Landjugend,
die in der *Bier-Börse* sitzt und Weizen-
bier trinkt. Er grüßt den Container-Mit-
wohner aus Sri Lanka, der auf dem
Rathausplatz die Mülleimer nach
Pfandflaschen durchsucht. Wahr-
scheinlich ist er der gepflegteste Pfand-
sammler am Hochrhein. Sein blau-wei-
ßes Hemd duftet frisch gewaschen.
Fünf Kinder habe er zuhause, erzählt
der Tamile lächelnd. Zuhause, das ist
weit weg.

Abraham geht weiter, sein Schritt ist-
locker und langsam, denn Zeit hat er
viel. Er kauft Kartoffeln und Gemüse
im Supermarkt, fährt nach Waldshut,
setzt sich in ein Internetcafé und
schreibt seiner Mutter, dass es ihm gut
geht. Später klappert er einige Fußball-

vereine ab, bei denen er mittrainieren
will. „Aber da ist jetzt Sommerpause.“
Abrahams Ziel ist es, mit Sport Geld zu
verdienen. Als Fußballspieler oder Fit-
nesstrainer. Ehrgeizige Pläne.

Richtig arbeiten darf Abraham aber
erst nach einem Jahr. Momentan kann
er nur Ein-Euro-Jobs bei gemeinnützi-
gen Einrichtungen annehmen. Dass er
nach der zwölfmonatigen Wartefrist
einen regulären Job bekommt, ist un-
gewiss. Bis zum vierten Jahr ist der Zu-
gang zum Arbeitsmarkt für Asylbewer-
ber „beschränkt“. Das heißt: die Bun-
desagentur für Arbeit führt eine „Vor-
rangprüfung“ durch und kommt nicht
selten zum Ergebnis, dass man die vom
Asylbewerber gefundene Stelle auch
einem Deutschen geben könnte. Sol-
che Mechanismen machen es Immi-
granten schwer, in Deutschland Fuß zu
fassen. Abraham sagt: „Die Aussicht,
noch ein Jahr im Container zu verbrin-
gen und nichts tun zu können, macht
mich kaputt.“

Dass diese Art der Unterbringung
dem Landkreis Waldshut nicht zur Eh-
re gereicht, wissen die Verantwortli-

chen im Landratsamt. Gleichwohl wei-
sen sie jegliche Schuld von sich. „Wir
haben nicht geschlafen“, behauptet
Doris Junger vom Amt für Soziale Hil-
fen. „Wir haben es auch mit Ängsten,
Sorgen und Vorurteilen der Bevölke-
rung zu tun“, meint Kreisverwaltungs-
direktorin **Sabine Schimkat**. Die
Container seien die Notlösung für ein
Doppelproblem: weniger Platz für
mehr Flüchtlinge. Im September 2011
kündigte Albrucks Bürgermeister **Ste-
fan Kaiser** den Mietvertrag fürs alte
Asylbewerberheim (120 Plätze), da die
Gemeinde auf dem Grundstück schon
seit längerem ein Pflegeheim errichten
wollte. Seit November 2012 kamen au-
ßerdem deutlich mehr Asylbewerber
nach Deutschland, als in den Jahren
zuvor. „Der Druck, auf die Schnelle et-
was Neues zu finden, war groß“, sagt
Schimkat.

Ob man „auf die Schnelle“ mit
einem Suchzeitraum von 14 Monaten
gleichsetzen kann, sei dahingestellt
und hinterlässt zumindest ein Ge-
schmacke. Letztlich waren die Beam-
ten nicht in der Lage, einen geeigneten

Ersatz zu finden, woraufhin Bürgermeister Kaiser anbot, die Containerlösung auf dem ehemaligen Parkplatz zu organisieren. Das war mit einem Anruf beim neuen Besitzer (KARL-GRUPPE) des Fabrikgeländes getan. Karl vermietet seitdem den Parkplatz an den Landkreis. Die Miete sei „wahnsinnig teuer“, sagt Schimkat.

Schwieriger war es für Kaiser indes, die Wogen im Gemeinderat zu glätten. In Albrück war man zunächst sehr verärgert über das Arbeitstempo im Landratsamt. „Zumal wir ja auch Vorschläge für Ersatzlösungen gemacht hatten“, sagt Kaiser. „Das Amt hat aus meiner Sicht schlichtweg die Problematik unterschätzt.“ Damit meint er: den Widerstand der Bevölkerung.

Die Ressentiments sind auch darauf zurückzuführen, dass es der Landkreis in der Vergangenheit geschafft hatte, noch ungünstigere Unterbringungen für seine Flüchtlinge zu finden. Zum Beispiel in Unteralpfen-Stieg, Tiefster Hotzenwald, weit weg vom Schuss, keine Infrastruktur. „Da wohnten zu Spitzenzeiten 180 Leute“, sagt Kaiser. Die Isolierung verursachte mitunter katastrophale Zustände. Es gab Brände und zahlreiche Schlägereien. Ethnien aus diversen Bürgerkriegsregionen wurden ohne Rücksicht auf sozialen Zündstoff zusammengelegt. Im Februar 2000 nahm sich eine 21-jährige Kurdin das Leben, zwei Jahre später beging eine 74-Jährige Irakerin Suizid. Das Landratsamt war der Auffassung, dass man die Selbsttötungen nicht unbedingt auf die Lebensumstände im Heim zurückführen könne. Kaisers Vorgänger, Ex-Bürgermeister **Gernot Strohm**, sieht das bis heute so.

Wenn man eine Unterbringung so schlecht plant und durchdenkt wie im Stieg, braucht man sich über Ängste bei einigen Hotzenwäldern nicht zu wundern. Leider nur überwiegen die Vorurteile der stumpferen Sorte. Die Kriminalitätsrate in Orten mit Asylbewerberheimen ist nicht höher als anderswo. Umso erstaunlicher, dass Immigranten von Gemeinderäten unter Pauschalverdacht gestellt werden, potenzielle Vergewaltiger zu sein. So geschehen bei



„Wollen Sie einen Chai Tee?“ Sharan, Malini und Amanjit im Kochcontainer

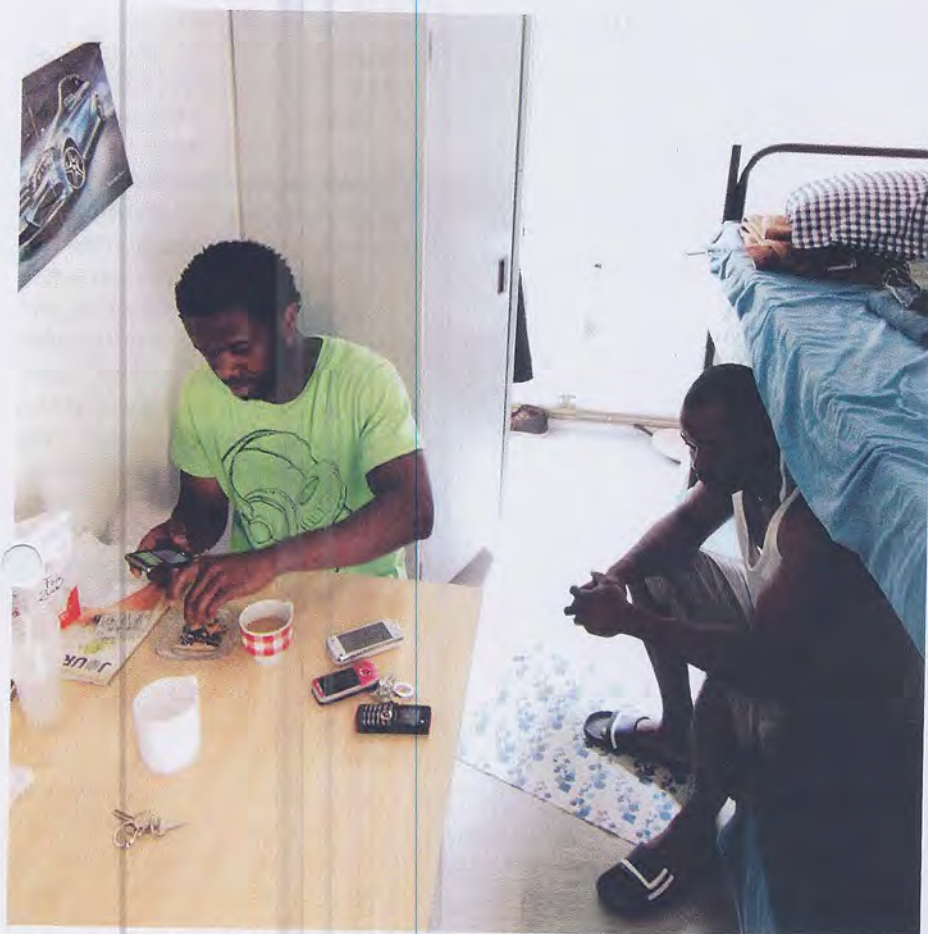
einer Infoveranstaltung am 5. Juni in Rickenbach. Dort will Landrat **Tilman Bollacher** im ehemaligen *Kinderheim Marienwald 60* Asylbewerber unterbringen. **Wolfgang Krämer**, Chefarzt der benachbarten *Kurklinik Hotzenplotz*, sieht dadurch die Existenz seines Hauses gefährdet. Begründung: zu seinen Patienten zählten auch viele traumatisierte Frauen, die aus zerrütteten Haushalten kämen und Vergewaltigung und Schläge erlebt hätten.

Anstatt den Flüchtlingen Hilfe anzubieten, die aufgrund ihrer Vorgeschichte oft selbst unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, unterstellt ihnen der Chefarzt, risikobehaftete Triebtäter zu sein. Und bekommt für diese Hetze auch noch Rückendeckung von Gemeinderat **Peter Kermisch**, der fordert, in Rickenbach nur Familien unterzubringen, um „sexuelle Konflikte“ zu vermeiden. Aussagen wie diese zeigen: Das Unterkunftsproblem am

Hochrhein ist nicht allein der Behäbigkeit im Landratsamt geschuldet. „Wir versuchen immer wieder, die Ängste der Bürger zu entkräften. Aber die meisten lassen sich darauf nicht ein“, sagt Schimkat.

Dies erfuhr sie auch in Laufenburg-Rhina, wo ebenfalls eine Gemeinschaftsunterkunft geplant war. Rasch formierte sich die Phalanx der Wutbürger. Sie schreiben auf *Facebook*: „Einen plötzlichen Zuzug von bis zu 100 Menschen unterschiedlicher Nationalitäten mit oft widersprüchlichen kulturellen, religiösen und politischen Hintergründen ist nur von Nachteil für die Entwicklung unserer Stadt. Zudem ist zu befürchten, dass dieses Objekt Ausgangsort von kriminellen und gewalttätigen Aktivitäten wird und es ist auch möglich, dass die Immobilien und Grundstückspreise in Rhina sinken.“

Mit solchen Einstellungen haben es die Lokalpolitiker zu tun. Nicht einfa-



Leben zwischen Baustellenlärm und Ungewissheit – auf 4,5 Quadratmeter Wohnraum

cher wird die Situation für den Landkreis dadurch, dass die Pauschale, die das Land für jeden Asylbewerber zahlt, nicht kostendeckend ist. „Der Landkreis muss bei den Unterkunftskosten auflegen“, so Schimkat. 12.270 Euro erhält er vom Land pro Kopf. Diese Summe umfasst Geldleistungen, Sachkosten und Unterbringung. Das Geld ist allerdings für die gesamte Dauer des Aufenthalts in der Gemeinschaftsunterkunft vorgesehen. „Ob die Person 15, 30 oder 60 Monate dort wohnt, spielt keine Rolle.“

Was die Flüchtlinge über die Pauschale hinaus benötigen, müsse der Landkreis bezahlen. Aktuell leben im Landkreis Waldshut 214 Asylsuchende aus 24 Nationen. Ein Asylbewerber hat in Deutschland quasi den Status eines Sozialhilfeempfängers. „Ein alleinstehender Erwachsener bekommt in der Regel monatlich insgesamt 458,93 Euro ausgezahlt. Davon sind 137 Euro Ta-

schengeld und der Rest Regelleistungen“, sagt Schimkat. Der Betrag hänge jedoch von „verschiedenen Faktoren“ ab. So ist wohl auch zu erklären, dass Abraham bei seiner Ankunft nur 241 Euro ausgezahlt bekam.

Abraham wird in Albrück bleiben, bis das Bundesamt über sein Asylverfahren entscheidet. Wenn das Amt den Antrag ablehnt, kann er dagegen vom Verwaltungsgericht klagen. Das Gericht rollt die Flucht Begründung dann neu auf. „Oft erzählt ein Asylbewerber bei seiner Anhörung im Amt nicht das, was für seine Argumentation entscheidend ist“, sagt **Andreas Linder** vom *Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*. „Weil jemand ihn falsch beraten hat oder weil er eingeschüchtert wurde.“ Manchmal kommen in der Zwischenzeit auch weitere Fakten hinzu, etwa, „dass der Asylbewerber in seinem Heimatland nachweislich auf die Todesliste gesetzt worden ist“, so Linder. In 15

Prozent der Fälle kommt das Gericht zu einem anderen Ergebnis als das Bundesamt. Es hebt dann die Ablehnung des Asylantrags auf und erteilt dem Flüchtling eine Aufenthaltserlaubnis. Auch, wenn Abraham in den nächsten Monaten eine Deutsche heiraten oder mit ihr ein Kind zeugen sollte, wären dies Gründe, die ihm mit großer Wahrscheinlichkeit ein Bleiberecht garantieren würden. Rund 12.000 Flüchtlinge sind derzeit in Baden-Württemberg gemeldet, 551 von ihnen leben in Containern. Der Landkreis Waldshut liegt in diesem Ranking mit 136 Containerplätzen an erster Stelle. In der Schweiz, vor allem im Großraum Zürich, gehören die „Asylcontainer“ schon seit 2010 zur Normalität. Allerdings gelten die Eidgenossen eher als abschreckendes Beispiel, denn die Art, wie die Schweizer mit Flüchtlingen umgehen, hat etwas Unwürdiges.

Wobei man als Deutscher nicht den Zeigefinger erheben sollte. „Die Landesregierung schrieb sich auf die Fahnen, die Lebensbedingungen und die Unterbringungssituation für Flüchtlinge zu verbessern“, sagt Linder. „Leider ist es aber in etlichen Landkreisen schlechter geworden. Neun Kreise sind wieder zu Containern übergegangen.“

Dazu passt die Einschätzung von Stefan Kaiser: „Viele Städte erinnern mit *Stolpersteinen* an die in der NS-Zeit vertriebenen Juden und Minderheiten. Gleichzeitig sagen Einwohner, teilweise auch die Entscheidungsträger in den Gemeinderäten: ‚Flüchtlinge generell gern, aber bitte nicht zu uns.‘ Das finde ich schon ziemlich pharisäerhaft.“

Immerhin scheint man im Landratsamt nun einen Zahn zuzulegen. „In St. Blasien haben wir eine leerstehende Klinik für 60 Menschen angemietet“, sagt Sabine Schimkat. In Waldshut wird ein Reihenhausblock für 60 Flüchtlinge gebaut, der frühestens Mitte 2014 fertig sein wird. In Bonndorf wird ein Gebäude für 40 Menschen saniert, bezugsfertig wird diese Unterkunft Anfang 2014 sein. Im Februar endet für die Containersiedlung der Mietvertrag. Diesen zu verlängern, wäre ein Armutszeugnis. ■